

„Da ist kein Platz für politisches Kalkül“

Landrat Frank Scherer erneuert im Interview seine Forderung nach einer Impfpflicht. Gleichzeitig warnt der Landrat des Ortenaukreises davor, Impfskeptiker per se als Querdenker und Rechtsradikale zu brandmarken.

VON WOLFGANG KOLLMER UND JENS SIKELER (TEXT) SOWIE IRIS ROTHE (FOTOS)

Hinter den Menschen im Ortenaukreis liegt das zweite Jahr der Corona-Pandemie. Sofern Entscheidungen über Schutzmaßnahmen die Kreisebene betraf, war es Frank Scherer, der diese zu verantworten hatte. Im Interview erklärt der Landrat, weshalb er bei Entscheidungen auf einen Expertenrat setzt, warum er dieses Vorgehen auch der Bundesregierung empfehlen würde und anhand welcher Kriterien er die Schließung der Impfzentren Ende September für einen Fehler hielt. Außerdem blickt er im Gespräch auf die Entwicklung des Ortenau-Klinikums zwischen Pandemie und großangelegter Reform Agenda 2030 und den Ausbau der Windkraft im Ortenaukreis.

■ **Was ging Ihnen durch den Kopf, als sich das Land entschlossen hat die Impfzentren zwei Monate nach ihrer Schließung wieder zu eröffnen?**
Ich möchte vorwegschicken, dass wir alle – der Bund, das Land, die Kreise, Städte und Gemeinden – in dieser Pandemie viel lernen mussten und auch Fehler gemacht haben. Unter dem Strich kann man sagen, dass das Ganze auf allen Ebenen relativ gut managed worden ist. Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn hat es zu Beginn der Pandemie mal sehr richtig gesagt: „Wir werden uns allen viel zu verzeihen haben.“ Aber es gibt eben auch Dinge, die offensichtliche Fehler mit Ansage waren. Dazu gehörte die frühzeitige Schließung der Impfzentren. Ich habe mir in den Sommerferien sehr genau die verfügbaren Berechnungen und Prognosen angesehen und danach war klar, dass die Impfquote im Herbst nicht ausreichend sein wird, um die nächste Welle zu brechen und wir deshalb die Zentren weiter brauchen werden. Wir haben deshalb früh in Stuttgart angefragt, die Impfzentren nicht komplett herunterzufahren. Aber das wurde nicht erhört, stattdessen kam wenige Wochen später dann die Ansage: „Wieder aufbauen.“

■ **Wie ging es dann weiter?**
Meine Dezernentin, Frau Kohlmann, hat ja in den letzten Monaten als Projektleiterin der Impfzentren viel Erfahrung gesammelt und mit ihrem Team einen tollen Job gemacht. Deshalb habe ich sie gebeten, umgehend wieder loszulegen und das ist auch in kürzester Zeit gelungen. Dabei mussten allerdings auch einige Stolpersteine aus dem Weg geräumt werden, mit viel Flexibilität und Improvisation. Ich bin überhaupt sehr stolz auf meine Kolleginnen und Kollegen im Ortenau-Klinikum, dem Landratsamt und seinen Eigenbetrieben. Sie bringen seit Beginn der Pandemie uneingeschränkt volle Leistung, in einigen Bereichen wie den Kliniken und dem Gesundheitsamt unter schwierigsten Bedingungen sogar deutlich mehr als das!

■ **Sie haben gerade gesagt verschiedene Bereiche seien am Limit. Wie bereitet sich das Landratsamt auf eine möglicherweise noch heftigere fünfte Welle vor?**
Am Limit heißt teilweise auch schon über dem Limit. Wir haben uns – soweit man das im Vorfeld sagen kann – gut vorbereitet. Mit der Omikron-Variante kommt aber wohl eine quantitative Herausforderung auf uns zu, die wir zum Beispiel in der Kontaktpersonen-Nachverfolgung nicht werden stemmen können. Wir sind im Moment noch in der Lage, alle erforderlichen Kontakte zu verfolgen. Aber wenn das wirklich so ein Spreadervirus ist, dann werden wir das nicht mehr schaffen.

■ **Das bedeutet, dass irgendwann der Punkt erreicht ist, an dem die Kontrolle verloren geht.**
Kontrollieren kann man eine Pandemie sowieso nicht, sondern es ging bisher darum, den Überblick über das Infektionsgeschehen zu behalten, insbesondere um die richtigen Eindämmungs- und Schutzmaßnahmen treffen zu können. Wenn Omikron aber so viel ansteckender als die anderen Varianten ist, dann werden wir irgendwann bei der Nachverfolgung von Kontakten priorisieren müssen. Zu hoffen bleibt, dass die neue Variante tatsächlich weniger gefährlich ist und wir uns auf Schutzmaßnahmen insbesondere mit Blick auf vulnerable Gruppen und kritische Infrastrukturen konzentrieren können.

■ **Ist im Ortenau-Klinikum bei der Behandlung von Intensivpatienten der limitierende Faktor die Zahl der Krankenhausbetten oder doch eher das Personal?**
Eindeutig das fehlende Personal. Deshalb mussten wir auch jetzt wieder planbare Operationen zurückfahren und Stationen schließen. Das finde ich besonders tragisch und das sollte auch bei der Diskussion um die Impfpflicht Berücksichtigung finden, übrigens ebenso wie die fatalen Folgen der Schließungen von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche.

■ **Welche Operationen müssen aktuell im Ortenau-Klinikum verschoben werden?**
Zum Beispiel orthopädische Operationen wie etwa Hüft-Prothesen. Aus Patientensicht ist das Verschieben einer notwendigen Operation immer belastend. Aber der Fall eine quantitative Herausforderung auf uns zu, noch zu einem Fünftel funktioniert, ist natürlich akuter. Und dann führt die medizinische Triage dazu, dass man diesen Patienten behandelt.

■ **Sie haben sich bereits im September eindeutig als ein Befürworter der Impfpflicht positioniert. Welche Reaktionen haben Sie darauf erhalten?**
Die waren natürlich geteilt. Es ist eine schwierige Abwägungsentscheidung, aber ich stehe zu meiner Meinung. Deshalb finde ich es richtig, dass im Bundestag ohne Fraktionszwang darüber abgestimmt werden soll. Man kann das aus den unterschiedlichsten Gründen ja durchaus auch anders sehen als ich. Ich persönlich bin heute noch mehr als im September der Meinung, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse die Schutzwirkung der Impfung für Leib und Leben ausreichend darlegen, dass eine Impfpflicht erforderlich ist, weil sich in Deutschland nicht genug Menschen freiwillig impfen ließen und dass sie auch angemessen ist. Denn der Schutz von Leib und Leben vieler Menschen sowie die Vermeidung von weiteren gesellschaftlichen Kollateralschäden durch Corona-Maßnahmen, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, rechtfertigt aus meiner Sicht den mit einer Impfung verbundenen Eingriff.

■ **Wenn wir die Ortenau auf die Couch legen, was ist Ihre Diagnose? Wie zerrissen ist die Gesellschaft?**
Ich würde weder in Deutschland noch in der Ortenau von einer zerrissenen Gesellschaft sprechen. Es gibt zu wichtigen Themen einfach unterschiedliche Meinungen, auch in meinem Bekanntenkreis. Das ist aber doch völlig normal und es gehört zum Wesensgehalt einer Demokratie, dass alle –

auch Minderheiten – ihre Meinung frei äußern und dafür demonstrieren dürfen. Ich habe das Gefühl, dass das in der Ortenau weitestgehend im rechtlichen Rahmen läuft und ich kann nicht erkennen, warum es gleich eine Spaltung der Gesellschaft bedeuten soll, wenn nicht alle die Meinung der Regierung teilen. Aber auch bei Demonstrationen sind natürlich Rechtsverstöße inakzeptabel. Auf der anderen Seite frage ich mich, ob die zum Teil undifferenzierte Kategorisierung dieser Menschen als Rechtsradikale und Querdenker nicht einer Spaltung Vorschub leistet.

■ **Sie erwarten Sie in den kommenden Monaten von Land und Bund?**
Eine schnelle Entscheidung im Bundestag oder kontra Impfpflicht.
■ **Schnell heißt?**
So schnell wie möglich.
■ **Also nicht erst im März?**
Nein, früher. Man muss sich natürlich überlegen, zu welchem Zeitpunkt man das im Falle einer Mehrheit im Bundestag einführt, damit die Leute ausreichend Zeit haben, sich impfen zu lassen. Das hängt mit zwei Dingen zusammen: Infrastrukturen, die wir wiederaufgebaut haben. Und das zweite ist der Impfstoff. Da sehe ich Fragezeichen. Dass wir tatsächlich immer mal wieder nicht genug Impfstoff haben, in dem Land, wo der Impfstoff mitentwickelt wurde, in dem Land, wo wir sonst als die Oberorganisatoren auf dieser Welt gelten – das ist für mich schon unfassbar! Ich glaube, dass man sagen darf, dass Ministerialbürokratie noch nie für schnelles und effizientes Handeln besonders anerkannt waren. Unternehmen könnten das mit Sicherheit besser. Ein Beispiel dafür ist England, das mit Kate Bingham eine Risikokapitalunternehmerin mit der Impfstoffbeschaffung beauftragt hat.

■ **Was würden Sie anders machen?**
Dass es sinnvoller ist, wenn ein mit Fachleuten besetzter Krisenstab die Entscheidungen über Eindämmungs- und Schutzmaßnahmen vorbereitet beziehungsweise trifft, anstatt eine Konferenz aus Bundeskanzler und Ministerpräsidenten, da hätte man auch schon früher draufkommen können. Mein Krisenstab besteht aus Fachleuten, der einzige Politiker bin ich, wobei ich dort ausschließlich als verantwortlicher Behördenleiter agiere. Dort werden Maßnahmen entwickelt, geprüft und entschieden – und selbst wenn ich letztlich eine Entscheidung persönlich treffen muss, lasse ich

mir natürlich von der fachlichen Expertise der Mitglieder leiten. Da wird nicht politisiert und da ist auch kein Platz für politisches Kalkül, da wird rein fachlich und vor allem auch schnell entschieden.
■ **Rechnen Sie eigentlich angesichts der drohenden fünften Welle wieder mit Schulschließungen?**
Wir dürfen meiner Meinung nach auf keinen Fall mehr Bildungs- und Betreuungseinrichtungen schließen, denn die Folgen für Kinder und Jugendliche waren fatal. Auch hier rate ich, die betroffenen Rechtsgüter genau zu betrachten. Natürlich müssen wir Leib und Leben der Kinder und des Lehr- und Betreuungspersonals schützen. Aber wir wissen, dass Kinder und Jugendliche bei weitem nicht der Gefahr durch schwere Corona-Verläufe ausgesetzt sind, wie ältere oder vorerkrankte Menschen. Und diese Menschen können sich heute ausreichend selbst schützen beziehungsweise geschützt werden, auch wenn Kinder und Jugendliche zur Schule gehen. Sie können sich impfen lassen, sie können Abstand halten und Maske tragen oder – falls erforderlich – ganz auf Kontakte verzichten. Mein Vater ist 85, er ist schon dreimal geimpft und kann das Gott sei Dank alles noch selbst entscheiden, auch ob er meine Kinder sehen will oder nicht und wie er sie trifft. Auch er hielt es für völlig falsch, ja unverantwortlich, für seine Sicherheit zusätzlich die Kinder in Haftung zu nehmen. Deshalb haben wir im Landkreis auch auf mein Betreiben hin die klare Position, dass die Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen unbedingt verhindert werden muss.

■ **Wohl und Wehe der Agenda 2030 hängt davon ab, ob und wann die angekündigte 60-Prozent-Förderung des Landes kommt.**
Landessozialminister Manne Lucha hat Mitte Dezember das Ortenau-Klinikum besucht und dort mit Beschäftigten auch über die Agenda 2030 gesprochen. Dabei benutzt er immer die Wir-Form, was ich als sehr positiv empfand. Das zeigt, dass er voll und ganz unseren Weg mitgeht und uns unterstützt. Er hat auch noch einmal klar gesagt, dass die zurückhaltenden Äußerungen von Ministerpräsident Kretschmann im Herbst 2020 nicht missverstanden werden sollten, sondern wir nach wie vor mit einer Förderung von 60 Prozent der förderfähigen Kosten rechnen dürfen. Das hat er mir noch

mal versichert. Die Förderanträge werden wir Ende 2022, Anfang 2023 stellen können.
■ **Bleibt die zweite wichtige Frage. Zwei Standorte sind geschlossen oder werden in absehbarer Zukunft geschlossen. In Kehl fragt man sich jetzt natürlich bange, wie es mit dem Standort dort weitergeht. Wird der bis 2030 voraussichtlich offen bleiben können?**
Momentan sind wir sowohl in Offenburg und Achern als auch in Lahr, was ja auch fast ein Neubau wird, voll im Zeitplan. Wenn alles so gut weiterläuft, wird in Kehl der stationäre Betrieb im Jahr 2028 eingestellt werden, das ist der frühestmögliche Zeitpunkt. Und deshalb wäre es jetzt, sechs Jahre vorher, unseriös, eine Nutzungsplanung für ein Zentrum für Gesundheit in Kehl vollständig durchzuführen. Aber was elementar sein wird, das kann man jetzt schon sagen und das haben wir übrigens schon 2018 im Beschluss des Kreistags zur Agenda 2030 festgehalten. Es muss in Kehl unter anderem jedenfalls auch einen Notarzt-Standort und Notfallprechstunden geben. Daneben muss geprüft werden, welche Arztpraxen sinnvollerweise im MVZ untergebracht werden und wie das Gesundheitsangebot darüber hinaus gestaltet werden soll. In Gengenbach und

■ **Glauben Sie, dass das Land sowohl den Neubau in Achern als auch den in Baden-Baden fördern wird?**
Eindeutig ja, warum denn nicht? Beide Kliniken haben in aller erster Linie einen Versorgungsauftrag in Regionen, die sich nicht überlappen. Unsere Marktanalysen zeigen, dass das Ortenau-Klinikum seinem Auftrag im Ortenaukreis auch voll gerecht wird. Darauf werden wir uns auch in Zukunft fokussieren. Ich glaube allerdings auch, dass es im Interesse des Landes ist, wenn wir über die Kreisgrenzen hinweg komplementär zusammenarbeiten, das heißt unnötige Doppelstrukturen vermeiden, dies möglich und sinnvoll ist.
■ **Die Patientenzahlen waren zuletzt bundesweit rückläufig. Wie gehen Sie damit um?**
Das trifft auf die stationären Patienten zu. Aber wir haben ja immer noch die Möglichkeit, unsere Planung anzupassen und das haben wir bei der Planung des Neubaus in Offenburg ja auch schon getan. Bei einem kleineren Standort wie Achern ist das natürlich nur begrenzt möglich, weil irgendwann die Grenze erreicht wäre, wo es keinen Sinn mehr macht, ein neues Krankenhaus zu bauen. Aber durch eine gut austarierete Allokation der medizinischen Leistungen in den

■ **Wir dürfen meiner Meinung nach auf keinen Fall mehr Bildungs- und Betreuungseinrichtungen schließen, denn die Folgen für Kinder und Jugendliche wären fatal.**
Frank Scherer, Landrat

Häusern des Ortenau-Klinikums können wir das sinnvoll steuern und verhindern. Dabei ist es hilfreich, dass es uns inzwischen in allen Häusern gelungen ist, den Gemeinschaftsgedanken besser zu etablieren: Wir sind ein Klinikum mit mehreren Standorten und nicht ein loser Verbund von eigenständigen Kliniken.
■ **Woran liegt es, dass die Zahl der stationären Patienten so deutlich zurückgeht?**
Es gibt eine zunehmende Verlagerung vom stationären zum ambulanten Bereich. Ambulantisierung nennen das die Fachleute. Das geht nun schon über Jahre so und diese Entwicklung wird sich aufgrund der stetigen Weiterentwicklung der Medizin auch fortsetzen.
■ **Sowohl die Pandemiefolgen als auch die Entwicklung, die Sie gerade beschrieben haben, können dazu führen, dass die Verluste des Klinikums weiter steigen. Sehen Sie da noch irgendwo Einsparpotenziale oder ist die Zitrone ausgequetscht?**
Wir können immer noch hier und da im operativen Management Dinge optimieren. Da gibt es auch noch die ein oder andere Doppelstruktur oder Einkaufssituationen, wo wir uns noch besser aufstellen können, etwa indem man sich an allen Standorten auf ein Produkt einigt. Diese Optimierungen geht Herr Keller mit seinem Management sehr zielstrebig und konsequent an. Aber größeres Einsparpotenziale, die über das hinausgehen, was im letzten Februar auf Antrag der Freien Wähler beschlossen wurde, sehe ich nicht mehr.
■ **Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass der Kreistag seine Haltung zum Thema Kreisumlage nochmal überdenken müsste, wenn es dumm läuft.**
Wenn es dumm läuft. Wenn es aber so läuft, wie unsere Finanzdezernentin, Frau Gnädig, das erst kürzlich nachvollziehbar dargelegt hat, dann werden wir aus dieser Corona-Krise Stand heute relativ gut mit einer Seitwärtsbewegung aus dem jetzigen Doppelhaushalt rauskommen – das heißt ohne Neuverschuldung in den Jahren 2023/24. Von daher gehe ich davon aus, dass wir die Kreisumlage stabil halten können.
■ **Sehen Sie die Bereitschaft zu einer Erhöhung im Kreistag?**
Mit Bereitschaft hat das etwas zu tun, wenn Kämmerer und Politik Spielräume haben. Dass es kann ja auch die Situation einbreiten, dass es keine Spielräume mehr gibt. Dann wäre es schlicht haushaltsrechtlich erforderlich, zu handeln. Aber so weit sind wir noch lange nicht und ich hoffe, dass das auch so bleibt.
■ **Die neue Bundesregierung will den Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren. Wie schaut der Windkraftstandort Ortenau in zwei bis drei Jahren aus?**
Wir waren nach der Landtagswahl 2011 ein Frühstarter in Sachen Windenergie. Ich

habe mich damals mit meinen Fachleuten zusammengesetzt, wir haben überlegt, wie wir beim Ausbau möglichst schnell und effizient sein können. Die Lösung war, dass wir den Ausbau zuerst dort forcieren, wo der Wind ordentlich bläst und weniger Restriktionen durch Natur- und Landschaftsschutz bestehen. Bei unserer Analyse kam dann die sogenannte Nettokarte des Ortenaukreises heraus, an der sich Projektentwickler und Kommunen orientieren konnten. Das Ergebnis war so gut, dass der Ortenaukreis bis heute als leuchtendes Beispiel beim Windkraftausbau genannt wird.
■ **Und in der aktuellen Situation?**
Bei der geschilderten Vorgehensweise ist ja klar, dass man irgendwann an den Punkt kommt, wo es nicht mehr so schnell geht, insbesondere, weil Restriktionsflächen betroffen sind. Hier haben wir meistens keine eigenen Spielräume mehr und die Verfahren sind sehr komplex. Wir müssen bis zu vierzig Träger öffentlicher Belange beteiligen und sind an deren fachliche Bewertung gebunden. Wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht geändert werden, wird es mit dem Windkraftausbau nicht so schnell weitergehen, wie es politisch gewünscht wird.
■ **Und wie steht der Landrat zu tatsächlichen Windrädern in der Ortenau?**
Ich finde, wir haben in den letzten Jahren eindrücklich bewiesen, dass wir der Windkraft grundsätzlich positiv gegenüberstehen, weil wir ohne Windkraft die Energiewende nicht hinbekommen. Allerdings muss es auch Grenzen geben, etwa dort, wo es einer Befreiung in einem hochwertigen Landschaftsschutzgebiet bedürfte, die Windhöflichkeit aber relativ gering ist. Andererseits sollten aber rechtliche Restriktionen an besonders erträglichen Standorten leichter überwunden werden können, wie beispielsweise auf dem Hornisgrinde-Gipfel.
■ **Die Gemüter in der Ortenau erhitzt auch das Thema Geothermie.**
Ich habe großes Verständnis für die geschädigten Menschen, wenn sie dieser Technik aus der schlechten Erfahrung heraus kritisch gegenüberstehen. Ich werbe jedoch eindringlich dafür, die Geothermie nicht generell zu verurteilen. Klar ist, es wurden bei der Nutzung in der Vergangenheit Fehler gemacht, die sich nicht wiederholen dürfen. Jedoch muss man sehen, dass es in der Geschichte bei jeder neuen Technik anfangs auch Schwierigkeiten gab. Aber die Unternehmen und die Genehmigungsbehörden haben auch bei der Geothermie daraus gelernt und für mich steht fest, dass wir auf diese Energiequelle nicht verzichten können. Deshalb geht es jetzt darum, durch viel Aufklärung, Information, gründliche Genehmigungsverfahren und Aufsicht sowie klare Entschädigungsregelungen das Image der Geothermie wieder zu verbessern und sie optimal zu nutzen.

Layout: Christel Stetter-Golderer



ZUR PERSON

Landrat Frank Scherer

Frank Scherer (57) ist seit 2008 Landrat des Ortenaukreises und befindet sich in seiner zweiten Amtszeit. Als Verwaltungsjurist war der in Dinslaken aufgewachsene Scherer zuvor am Verwaltungsgericht Freiburg tätig und wurde 2006 zum Regierungsvizepräsidenten im Regierungsbezirk Freiburg ernannt. Frank Scherer ist verheiratet und hat vier Kinder. **red/all**